

Die Entdeutschung Polens

Agrar-Reform und Liquidationsabkommen

Von unserem ostpolitischen Korrespondenten

Der Reichstag beschäftigt sich in diesen Tagen mit einer Frage von schicksalsschwerer Bedeutung. Mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen. Das Liquidationsabkommen ist außerordentlich heiß umstritten, gibt es doch den Polen eine enorme finanzielle Entlastung, die es zu seinem Aufbau und zur weiteren Bekämpfung der deutschen Minderheit benutzen kann. Dem steht entgegen der Verzicht Polens auf weitere Liquidierungen deutschen Besitzes. Auch hier sind noch starke Einschränkungen gemacht worden.

Der Verzicht Polens erscheint reichlich hypothetisch durch die polnische Agrarreform. Es läßt sich nicht bestreiten, daß, wenn Polen tatsächlich auf weitere Liquidierungen verzichten sollte (bisher hat es fast alle Minderheiten-Verträge gebrochen), es doch in der Agrarreform ein Mittel in der Hand hat, den deutschen Besitz bis auf ein Minimum zu schmälern und der deutschen Minderheit jede Existenz-Grundlage zu nehmen. Daher darf die Bedeutung der polnischen Agrarreform-Gesetzgebung bei der Beurteilung des Liquidationsabkommens nicht unterschätzt werden.

Wie verhält es sich nun mit der polnischen Agrarreform? In Polen herrscht ein sehr starker Geburtenüberschuß, auch auf dem Lande. Wohin mit diesem Geburtenüberschuß? Die Städte sind nicht ausnahmefähig, so entzieht man sich zur Zerstückelung des Großgrundbesitzes, zur Zerstückelung des Bodens. Diese Zerstückelung des Bodens hat jedoch in Polen, namentlich in Galizien, schon dahin geführt, daß Besitztümer von 2 bis 5 Hektar entstanden, in Galizien sogar die überwiegende Zahl unter 2 Hektar groß war. Hiermit läßt sich nichts anfangen, der Besitzer muß zugrunde gehen. Die polnische Agrarreform von 1925 mildert diesen Zustand. Vor allem wird der gewerbsmäßigen Parzellierung ein Ende bereitet. Die polnische Agrarreform sieht vorläufig ein Zehnjahres-Programm vor, in dem jährlich 800 000 Morgen parzelliert werden sollen. Agrarwirtschaftlich betrachtet ständen der polnischen Agrarreform nur geringe Bedenken gegenüber, wenn nicht allzu deutlich ihr minderheitenfeindlicher Charakter zutage treten würde. Und in der Tat, nach den bisherigen Erfahrungen muß als Hauptzweck der Agrarreform die Entdeutschung von Polen und Pommerellen angesehen werden. Der deutsche Besitz in Polen betrug ursprünglich 5 Millionen Morgen. Heute hat es nur noch 1 Million Hektar. Es sind also rund 1 Million Morgen deutschen Besitzes verloren gegangen. Allein in den letzten fünf Jahren sind durch die polnische Agrarreform 124 000 Morgen rein deutschen Besitzes erlosch worden. Hinzu kommen 42 620 Morgen deutschen Besitzes, die in diesem Jahre zur Zwangsparzellierung angelegt wurden.

Es wurde bereits betont, daß gegen die polnische Agrarreform agrarwirtschaftlich betrachtet keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Dies gibt auch die deutsche Minderheit in Polen zu. Man bestreitet durchaus nicht die Notwendigkeit einer gerechten und notwendigen Parzellierung. Was die deutsche Minderheit aber verlangt, mit vollem Recht verlangen kann und muß, ist, daß die Parzellierung nicht gegen die Deutschen gerichtet ist, sondern in gleicher Weise gegen Deutsche und Polen angewandt wird. Dem ist nicht so. Hierfür der Beweis:

In Ostpolen empfindet der Großgrundbesitzer, der früher russischen und österrussischen Gebiete, die Parzellierung als eine Wohltat und bietet sein Besitzum zur Parzellierung weit über seine Verpflichtung hinaus an. Die Erklärung: In Ostpolen herrscht ein typisch slawisch-russischer Wirtschaftsbetrieb. Das Land geht zugrunde. Die Besitzer können sich nicht halten. In Ostpolen übersteigt das Angebot bei weitem die Fläche, die durch die Agrarreform verlangt wird. Trotzdem dehnt sich die Agrarreform hauptsächlich auf Westpolen, also auf die früher deutschen Gebiete, aus, obwohl hier die Besitzer jäh um ihren Grund und Boden kämpfen.

Ein weiterer Beweis: Der Parzellierungsplan für dieses Jahr richtet sich ebenfalls wieder gegen das Deutschtum. In Polen und Pommerellen wird der deutsche Besitz mit 72,6 Prozent belastet, während der polnische Besitz nur mit 27,4 Prozent herangezogen wird. In Pommerellen allein, das die geschlossenste deutsche Bevölkerung aufweist, werden die deutschen Grundbesitzer mit 89,3 Prozent herangezogen, die Polen dagegen nur zu 10,7 Prozent. Dabei hat die polnische Nationalität über 70 Prozent des gesamten Großgrundbesitzes in ihren Händen. Die deutsche Bevölkerung ist also viermal so stark belastet.

Schon dies beweist, daß sich die Agrarreform einseitig gegen das Deutschtum richtet. Auch bei der Verwirklichung des Zweckes der Agrarreform, Siedlungen zu schaffen, wird dies weiterhin erkennlich, denn von dem parzellierten Lande ziehen nur Polen Nutzen. Deutsche werden dagegen nicht herangezogen.

Die Polen wissen sehr wohl, daß durch die Parzellierung nicht nur der deutsche Besitz zum Verschwinden gebracht wird, sondern auch die deutsche Bevölkerung. Nach der Aufteilung der Güter verlieren auch die deutschen Angestellten und die deutschen Landarbeiter ihre Existenz. Ebenfalls wird das deutsche Handwerk durch die Parzellierung, die die Abwanderung zahlreicher Deutscher im Gefolge hat, in Mit-



Monfronze Drzenica in Budapest wird Porellis Nachfolger in Berlin.

leidenschaft gezogen und oft um seine Existenz gebracht. Die deutschen Schulen, der letzte Rückhalt für die deutsche Kultur, verlieren ihre Kinder. Allerdings gibt es in Pommerellen überhaupt keine öffentlichen deutschen Volksschulen mehr. 14 000 deutsche Kinder sind hier gezwungen, in polnische Schulen zu gehen.

Auch der deutsche Besitzer des parzellierten Gutes verliert in den meisten Fällen seine Existenz. Wenn auch ein Restgut nach den gesetzlichen Bestimmungen bei der Parzellierung erhalten bleibt, so ist der Besitzer doch oft nach der Parzellierung nicht mehr in der Lage, seinen Restbestand zu bewirtschaften. Er verkauft ihn daher (als Käufer kommen nur Polen in Frage) zu ungünstigen Bedingungen, nur um ihn loszuschlagen. Er selber muß in den meisten Fällen auswandern. Man sieht also, wie einseitig sich die Agrarreform gegen die Deutschen richtet. Das Liquidationsabkommen wird kaum eine Milderung hier schaffen. Wenn auch bei der Liquidierung der ganze Besitz dem Deutschtum verloren geht, so beweisen doch die vorstehenden Darlegungen, daß auch bei der Agrarreform der deutsche Besitzer in den meisten Fällen sein Restgut aufgeben muß. Die Wirkung der Parzellierung kommt somit der Liquidation gleich.

Die Führer des Deutschtums in Polen setzen sich für das Liquidationsabkommen ein, wenngleich sie die schweren Bedenken, die dagegen bestehen, nicht verkennen. Sie hoffen jedoch, daß durch das Abkommen eine minderheitenfreundlichere Atmosphäre Polens geschaffen wird. Zudem würde eine offene Stellungnahme der Minderheiten gegen das Liquidationsabkommen vorausichtlich neue Repressalien der Polen im Gefolge haben. Nach den bisherigen Erfahrungen ist leider kaum zu hoffen, daß Polen selbst bei Abschluss des Abkommens seine minderheitenfeindliche Politik ändern wird, denn die Ausrottung der Minderheiten ist eine Existenzfrage für den polnischen Staat.

Zehn Jahre neues Ungarn

Am 1. März läßt sich zum zehnten Male der Tag, an dem Ungarn das Geis erbielt, auf Grund dessen es heute regiert wird. Es ist ein Jubiläum, dessen eigentlicher Held Ungarns Landesverweser Horthy ist, der vor genau 10 Jahren die Rolle des Staatsoberhauptes übernommen hat. Mit dem Namen Horthy ist die Geschichte der letzten 10 Jahre Ungarns untrennbar verbunden, der 10 Jahre schweren Kampfes gegen die raurische Gegenwart für eine bessere Zukunft.

Die verfassungsmäßige Stellung des Landesverwesers Horthy ist eine der eigenartigsten, die man sich denken kann; er ist der Stellvertreter eines Königs, der nicht existiert. Ungarn ist der einzige Staat der Welt, der sich Königsreich nennt, ohne einen König zu besitzen. An Kandidaten fehlt es nicht. Als Kaiser Karl noch lebte, hat er wiederholt versucht, aus seinem Exil nach Budapest zurückzukehren. Nach seinem Tod nimmt sein ältester Sohn Otto die Krone des Heiligen Stephan für sich in Anspruch. Andererseits macht sich in Ungarn eine recht starke Bewegung zugunsten Erzherzog Albrechts, des jüngsten Sohnes des Erzherzogs Friedrich von Teschen bemerkbar. Es handelt sich heute fast ausschließlich um Kombinationen, die in absehbarer Zeit recht wenig Aussicht auf eine Realisierung haben. Horthy betrachtet sich zwar als Stütze der Monarchie, weiß aber, welche Schwierigkeiten Ungarn zu überwinden hätte, um einen König zu erhalten.

Vizeadmiral Nikolaus Horthy von Nagybánya, der Landesverweser Ungarns, kann auf sein zehnjähriges Werk stolz sein. Als er an die Macht gelangte, blutete Ungarn aus vielen Wunden. Krieg, Revolution, Käterenabfall — das sind die Etappen, die das unglückliche Land an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Unter den denkbar schwierigsten Bedingungen ging Horthy an den Aufbau des ungarischen Staates heran. Das Friedensodikat von Trianon, das am 4. Juni 1920 in Kraft getreten war, hat die Abtretung ungarischer Gebiete an die Nachbarländer bewirkt. Südslawien, Serbien und die Tschechoslowakei haben sich zur sogenannten Kleinen Entente zusammengelunden, einer Institution, die vorwiegend gegen Ungarn gerichtet war und bis zum heutigen Tag gerichtet ist. Schwere wirtschafts- und währungsrechtliche Sorgen, aufs engste verbunden mit der innenpolitischen Auflockerung und der außenpolitischen Bedrückung schienen unüberwindbar zu sein. Es ist jedoch Horthy gelungen, allmählich über aller dieser Schwierigkeiten zu werden. Heute

hat Ungarn seinen Tiefstand weit hinter sich, sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht. Die allgemeine Stabilisierung der Lage, eine gewisse Besserung der Lebensbedingungen, die Entwicklung des kulturellen Lebens — das alles sind Früchte der Politik Horthys.

Dabei wurde und wird der Landesverweser von dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen aufs beste unterstützt. Bethlen, der am 15. April 1921 zum ungarischen Regierungschef ernannt wurde, hat sich als einer der hervorragendsten Staatsmänner der Gegenwart gezeigt. Draht man an Horthy, so muß auch sein Name gewürdigt werden. Denn diese beiden Männer sind durch die gemeinsame Arbeit, die gemeinsamen Erfolge eng miteinander verbunden.

Eine besondere Würdigung verdient die Außenpolitik des heutigen Ungarn. Der eiserne Ring der Kleinen Entente muß heute als erheblich gelockert betrachtet werden. Die enge Fühlungsnahme mit Italien hat bewirkt, daß Ungarn heute nicht isoliert dasteht, sondern bei der Gestaltung der Weltgeschichte ein gewichtiges Wort mitsprechen hat. Dank der Freundschaft mit Italien ist Ungarn wieder zu einem ernstzunehmenden Faktor der europäischen Politik geworden. Das Auftreten Bethlens in Genf und im Haag liefert den besten Beweis dafür. Und wenn Ungarn heute zahlreiche Freunde überall in der Welt hat, auch in den Ländern, die im Weltkriege gegen Ungarn gekämpft haben, so verdankt die ungarische Nation dies der klugen Taktik Horthys und Bethlens.

Der Landesverweser Horthy hat im Laufe der letzten Jahre wiederholt durchblicken lassen, daß er amtsüdi ist. Er verbleibt jedoch noch weiter auf dem verantwortlichen Posten Ungarns, um das Werk, das er begonnen hat, zu vollenden. Die besten Wünsche der Freunde Ungarns, im Ausland in erster Linie wohl Deutschlands, werden ihm auch in der Zukunft sicher sein, wie sie ihn in diesen Jubiläumstagen begleiten.

Mehr Schwarzbrot essen!

Eine wirksame Selbsthilfe des ganzen Volkes

Von Diplomlandwirt Finus

Die Lebensansprüche der breiten Masse des Volkes haben sich in der Nachkriegszeit gehoben. Man darf wohl sagen, daß diese Erscheinung mit der Verarmung unseres Volkes — wiederum einer Kriegserscheinung! — im Widerspruch steht. Der Fleischverbrauch ist heute wieder so groß, ja größer wie vor dem Kriege, man kann ganz allgemein das Bestreben nach konzentrierter Ernährung mit tierischen Erzeugnissen feststellen. Der Großteil der menschlichen Ernährung besteht aber immer noch aus pflanzlichen Stoffen, und es ist ganz selbstverständlich, daß die kleinste Verschiebung hierin von großem Einfluß auf unsere Gesamtwirtschaft sein muß. Gerade bei den Zollverhandlungen zeigt es sich doch immer wieder, wie stark das Interesse an der Gesundheit unserer Wirtschaft ist. Das Hauptverlangen geht dahin, die Gefahr, deren größter Anteil auf Lebensmittel zu buchen ist, nach Möglichkeit einzuschränken.

Bezüglich einer zweckmäßigeren Verwendung unserer Ernten im Interesse der menschlichen Ernährung gibt die Verschiebung des Verbrauchs an Weizen zu Ungunsten des Roggens Anlaß zu Betrachtungen schwerwiegendster Natur. Der Verbrauch an Weizen ist heute bedeutend größer als früher, während der Verbrauch an Roggen in Deutschland für die menschliche Ernährung ganz bedenklich zurückgegangen ist. Mit Recht hat man bisher den Roggen als die Hauptbrotfrucht in Deutschland bezeichnet und sein Anbau ist innerhalb Deutschlands in allen Gegenden wirtschaftlich möglich. Bei den klimatisch recht unterschiedlichen Gegenden ist aber der Anbau von Weizen wirtschaftlich beschränkt, das heißt, Weizen soll grundsätzlich nur dort angebaut werden, wo er sichere und gute Ernten verspricht. Unter diesem Gesichtspunkt muß der Osten als Anbaugebiet für Weizen fast ganz ausfallen, die Hauptbrotfrucht kann dort nur Roggen sein. Die moderne Pflanzenzüchtung hat wohl für die östlichen Gebiete spezifische Weizensorten herangezogen, indessen dürfte der Anbau kaum als wirtschaftlich bezeichnet werden, weil man unter den gegebenen Verhältnissen eben keine höchstmögliche Nutzung erzielen kann.

Heute ist es nun so, daß das wichtigste Volksernährungsmittel, das Brot, nicht weiß und fein genug hergestellt werden kann. Dazu kommt noch, daß der Verbrauch von Weizengebäck ganz gewaltig zugenommen hat. Man muß daher einmal die Frage aufwerfen, ob das deutsche Volk bei seiner heutigen Wirtschaftslage das Recht hat und klug daran tut, seine Lebensansprüche derart zu steigern, wie das tatsächlich nach dem Kriege in Erscheinung getreten ist, wobei zu bedenken wäre, daß weiteste Kreise des deutschen Volkes von der Verarmung betroffen werden. Man muß das unbedingt verneinen, weil die Sucht nach einem verfeinerten Leben unter gänzlich unberechtigten Voraussetzungen in Erscheinung getreten ist und nicht einmal eine Besserung der Volksernährung zur Folge hatte. Die Anschauungen über die Ernährung des Menschen sind vollkommen falsch und eine allgemeine Aufklärung muß dazu beitragen, die falsche Anschauung vom größeren Wert des Feinbrotes zu zerstören. Es steht fest, daß Schwarzbrot einen höheren Nährwert besitzt wie Weißbrot und lebenswichtige Stoffe (Vitamine) enthält, die im Weißbrot fast gänzlich fehlen. Für die Volksernährung fällt die gute Bekömmlichkeit und der durchaus mögliche billige Preis des Schwarzbrottes in die Waagschale. Welchen Wert die Einstellung auf Schwarzbrot für unsere Volkswirtschaft hätte, das mögen folgende Zahlen beweisen:

Aus 100 Kg. Weizen lassen sich bei feiner Ausmahlung (65 Prozent) ungefähr 90 Kg. Weiß- oder Feinbrot herstellen, während aus der gleichen Menge Roggen 140 bis 150 Kg. schmackhaftes Schwarzbrot erzeugt werden können.



Aus 2 Kg. Roggen läßt sich demnach die gleiche Menge Schwarzbrot herstellen wie aus 3 Kg. Weizenkeimbrot. Volkswirtschaftlich bedeutet das: durch die Umstellung des deutschen Volkes auf Schwarzbrot würde man ein Drittel Brotgetreide sparen, Deutschland könnte auf jede Einfuhr von Brotgetreide verzichten und viele Millionen Mark blieben im Lande. Ganz abgesehen von dieser Tatsache läme noch hinzu, daß für die Volksernährung besser gesorgt wäre wie heute. Der Genuß von Schwarzbrot würde durch seinen Gehalt an Vitaminen und Nährsalzen auf die an solchen Stoffen ärmere Kost vermittelnd und ausgleichend einwirken. Und dadurch wäre vielen Krankheiten, die auf Mangel lebenswichtiger Stoffe zurückgeführt werden müssen, vorgebeugt. Es sei in dieser Zusammenhänge daran erinnert, daß der Hirschkreuzer „Kronprinz Wilhelm“ im April 1915 einen amerikanischen Hafen anlaufen und sich internieren lassen mußte, weil von der 500 Mann starken Besatzung 110 schwer erkrankt und die übrigen am Ende ihrer Kräfte waren. Trotz reichlicher Ernährung aus den von den versenkten Schiffen übernommenen Vorräten, wie Weizenmehl, Zwieback oder Biskuits trat die allgemeine Entkräftung ein, weil die Kost an Vitaminen und Nährsalzen zu arm und daher einseitig war. Es fehlte vor allem das Roggenbrot, frisches Gemüse und Milch. Die kranke Besatzung erholte sich dann auch sehr rasch, als ihr Roggenbrot und frische Milch ausreichend gegeben werden konnte. Daraus kann man ersehen, daß nicht die Menge der Nahrungsmittel, sondern die richtige Zusammenhänge von Nährstoffen ausschlaggebend für die Gesundheit des Menschen ist.

Das deutsche Volk hat allen Grund, sparsam zu sein und ein Leben zu führen, das geeignet erscheint, seine materielle Not zu beseitigen. In manchen Gegenden unseres Vaterlandes wird heute noch ausschließlich Schwarzbrot gegessen. Man braucht durchaus nicht radikale Forderungen zu erheben, aber berechtigt wäre doch die Forderung: Eßt am Werktag Schwarzbrot und nur am Sonntag Weizenbrot! Jeder einzelne könnte so dazu beitragen, daß Millionen erspart und mit der Förderung des Roggenanbaues die Landwirtschaft einen großen Schritt aufwärts geführt würde.

Die Rede Kemmeles

Eine Antwort der württ. Regierung auf die Landtagsfrage Stuttgart, 25 Febr. Das württ. Staatsministerium hat die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Bürger, Vogt, Dr. Wiber, Kling, Bauer, die auf eine von dem badischen Kultminister Dr. Kemmele am 2. Februar 1930 in Badenheim gehaltene Rede Bezug nimmt, wie folgt beantwortet:

Das Staatsministerium hat sich wegen dieser Rede mit dem badischen Staatsministerium ins Benehmen gesetzt. Das badische Staatsministerium hat den Wortlaut der von Herrn Minister Dr. Kemmele in Badenheim gemachten Ausführungen übermittelt. Danach hat Minister Dr. Kemmele folgendes gesagt:

Die Sozialdemokratie wird dem großen Ziel wegen, zu einem einheitlichen Deutschland zu kommen, der Vereinigung Badens mit Württemberg das Wort reden. Sie wird es tun in dem Bemühen, die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes zu heben und zu einer einflussreichen Verwaltung desselben zu gelangen. In letzterer Beziehung kann Baden mit dem württembergischen Mutter viel gewinnen, in kulturellen Dingen sollte sich Württemberg zu einer Anspaltung an badische Erziehungsinstitutionen eignen. Wer der Vereinigungsfrage das Wort redet in der Hoffnung es ließe sich mit der Vereinigung alle Finanznöte schnell beheben, der gibt sich einer Täuschung hin. Allein schon die geographische Lage Badens, seine wirtschaftlichen Verhältnisse als Grenzland, das nach dem Krieg viel mehr Rückwanderer aus dem Elß und der Schweiz aufnehmen mußte als Württemberg, bedingen die weit größere Arbeitslosigkeit und den erheblich höheren Fürsorgeaufwand gegenüber Württemberg. Aus außenpolitischen Gründen haben die Grenzlande auch höhere Aufwendungen für Polizei. Württemberg unterhält zwei Hochschulen, Baden deren drei resp. vier. Baden hat schon seit vielen Jahren das erste Volkshochschuljahr eingeführt. Württemberg beginnt sich in der Hausfrage noch mit hohen Volkshochschuljahren. Die Fortbildungsschule, das gewerbliche und kaufmännische Fachschulwesen sind in Baden ganz anders aus- und aufgebaut, als dies bis jetzt in Württemberg der Fall ist. Doch ist Baden hinsichtlich des Ausbaues der höheren Schulen in den letzten Jahren übernommen hat im Gegensatz zu Württemberg, kann nicht bekriften werden. Im Schuljahr 1929 gingen in Baden aus diesen Schulen 1781 Abiturienten ab, in Württemberg nur 1309. In Württemberg ist die höhere Kommunalverwaltung und die untere Staatsverwaltung in einer Körperschaft vereinigt, in Baden haben beide wie Fremdkörper nebeneinander. Die kommunalen Bezirksbehörden von Verwaltung, Schule, Finanzwesen, Bauwesen usw. gehören unter ein Dach, unter eine Obhut. Württemberg überläßt die Geschäfte des Grundbuchsamts, der Nachschuß- und Vormundschaftsgerichte in der Hauptsache gebildeten mittleren Beamten, Baden hat dafür adreßmäßig ausgebildete Beamte. Viele Stellen für obere Beamte könnten einspart werden. Den Versuch einer Reform auf diesem Gebiete lehnte bei uns bisher das Zentrum lebhaftesten Widerstand entgegen.

Hinsichtlich der personellen Verhältnisse hat Baden für seine Beamten und Lehrer geschicklich und verordnungsgemäß in der Entlohnung sowohl als in der Zahl der Mandatellen wie in der Beförderung bessere Verhältnisse als Württemberg, hier haben auch die Lehrer bessere Stundendeputate als dort. Neben dem geringeren Personalaufwand sind in Württemberg auch die Pensionslasten wesentlich geringer. Die Pensionsaltergrenze ist in Württemberg auf 67 Jahre festgesetzt, in Baden auf 65 Jahre. Für die württembergischen Gemeinden gilt eine Befoldungsordnung, die an die staatliche angelehnt ist. Der Beitrag der Städte zu den Polizeilasten und der Gemeinden zu den Schullasten ist in Württemberg weit höher als in Baden. Auch der allgemeine Finanzausgleich zwischen dem Land und den Gemeinden ist in Baden für letztere günstiger wie in Württemberg.

Aus dieser Sachlage ergibt sich ohne weiteres, daß einer Vereinigung dieser zwei Länder ganz erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, denn für die badische Bevölkerung läßt die Frage im Mittelpunkt der Betrachtungen ob sie die Erziehungsinstitutionen auf schulischen und damit allgemein kulturellen Gebieten wieder zurückgebildet sehen möchten, während in Württemberg wohl kaum jemand daran denken kann, die sicherlich bessere Verwaltungsorganisation zugunsten der schlechteren und kostspieligeren badischen aufzugeben. Vergleichs dieser Art gibt es für beide Teile noch eine ganze Anzahl.



Atlantik-Überquerung in 30 Stunden.

Der Ingenieur Paul Dudes in Hitchburg-Kalifornien, hat ein Motorschiff konstruiert, das von drei Motoren angetrieben, eine Stundenleistung von mehr als 150 Kilometer erreichen soll. In ihm will Dudes den Atlantik in 30 Stunden überqueren.

Diese Unterschiede sollten aber keinen Hinderungsgrund für eine Vereinigung der beiden Länder bilden, im Gegenteil, beide Länder könnten nur gewinnen, wenn sie sich auf der Linie der Uebernahme der Höchstleistungen staatlicher Einrichtungen einigen und bei dieser Gelegenheit den überlebten, nicht mehr zeitgemäßen Gliedern an Verwaltungsorganisationsrichtungen über Bord werfen würden.

In seinem Begleit Schreiben hat das badische Staatsministerium hierzu, noch bemerkt, daß in keiner Weise eine herabsetzende Beurteilung württembergischer Verhältnisse beabsichtigt oder zum Ausdruck gebracht worden sei. Minister Dr. Kemmele habe geglaubt, die nach seiner Auffassung in beiden Ländern bestehenden Vorzüge lediglich sachlich referierend einander gegenüberstellen zu sollen, um seinen Zuhörern darzulegen, daß die beiderseitigen Verhältnisse nicht ein Hindernis des Zusammenschlusses der beiden Länder bieten und daß vielmehr in einer beiderseitigen Uebernahme der als Vorzüge zu bezeichnenden Einrichtungen die Voraussetzung für eine Vereinigung der Länder gegeben sei.

Um die württ. „Elektro-Provinz“

Auf Veranlassung des Besitzverbandes Oberschwäbischer Elektrizitätswerke Sigmund sprach vor einem geschlossenen Kreis im Sitzungssaal des württembergischen Wirtschaftsausschusses Generaldirektor Dr. Fischer von der Vereinigte Elektrizitätswerke-Werkstoffe G.m.b.H. in Dortmund über den „Zusammenschluß gleichgerichteter Elektrizitätsunternehmen“. Dr. Fischer führte aus, daß die Zukunft der Elektrizitätswirtschaft nur dem Großkonzern gehört, da nur er sich technisch und wirtschaftlich durchsetzen kann. Die Verhältnisse sind so, daß fast das ganze Deutsche Reich unter acht große Ueberlandwerke aufteilt ist. Das einzige Land, wo noch kein Zusammenschluß zu einem Großkonzern stattgefunden hat, ist Württemberg. Es besteht die Gefahr, daß Württemberg in die Abhängigkeit von benachbarten Großkonzernen gerät. Diese versuchen auch bereits, durch Demarkationsverträge Württemberg unter sich aufzuteilen. Die bestehenden Großkonzernunternehmen sind in einer Dachgesellschaft, der „Kriegsgesellschaft für deutsche Elektrizitätswirtschaft“, aufgeschlossen, an der das Land Württemberg, obgleich es kein eigenes Großkonzernunternehmen besitzt, mitbeteiligt ist. Diese Beteiligung gibt aber keine Gewähr dafür, daß die einzelnen württembergischen Elektrizitätsunternehmen nicht doch früher oder später von den anderen Unternehmen verschluckt werden. Bei dieser unangenehmen Entwicklung gibt es für Württemberg nur den einen Weg, daß die württembergischen Unternehmen sich ebenfalls zusammenschließen. Zurzeit werden in Württemberg 650 000 Kilowattstunden abgegeben, woran aber 250 Werke beteiligt sind. Diese Zerstückelung ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu beklagen. Allein durch eine Vereinigung der Verbrauchsvorteile wäre es in Württemberg möglich, jährlich anderthalb bis zwei Millionen Mark zu sparen. Im Fall eines Zusammenschlusses könnte diese Summe dazu benutzt werden, die Tarife zu verbilligen oder den Gemeinden zuzuführen. Württemberg muß ein Interesse daran haben, daß seine Elektrizitätswirtschaft nicht in fremde Hände gelangt. Es liegt im Interesse der Gemeinwirtschaft des Landes, daß Württemberg sich zu einer einheitlichen „Elektro-Provinz“ zusammenschließt.

In der sehr regen Aussprache begrüßte Freiberg von Straußberg den Gedanken, eine selbständige württembergische Elektro-Proping zu schaffen. Staatspräsident Dr. Holz bewaerte, daß Württemberg in der Elektrizitätswirtschaft aus Mangel an Kraft und Unternehmensegeist in den Hintergrund gekommen ist. Die lokalen Interessen, Einwände, Bedenken sind in Württemberg viel zahlreicher und die Zahl derer, die mitreden haben, viel zu groß. Wenn man vorwärts kommen will, so kann das nur auf dem Weg geschehen, daß wenigstens solche Werke, die reif dazu sind, sich zusammenschließen und den anderen zurückgebliebenen ein Vorbild geben. Solange er Minister des Innern sei, werde das Innenministerium diese Zusammenschlußbewegungen fördern und unterstützen.

Der Tunnel unter dem Narmelkanal

In einer der letzten Sitzungen des englischen Unterhauses hat der englische Arbeitsminister Thomas die sensationelle Erklärung gemacht, daß mit dem Bau des Kanal-Tunnels zwischen England und Frankreich in wenigen Wochen, nämlich bereits im März ds. Js. begonnen werden würde. 24 000 englische Arbeitslose werden damit Beschäftigung finden. Die MacDonald-Regierung, die sich mit der Verwirklichung dieses lange genau gezeichneten Planes zweifellos eine gewisse Popularität sichern will, nimmt nicht zuletzt gerade das Arbeitslosenproblem zum Anlaß, um endlich Ernst zu machen mit diesem Bau. Die englische öffentliche Meinung hat ihren Widerstand gegen das Projekt endlich aufgegeben. Die Pläne, nach denen der Tunnel nunmehr endlich gebaut werden soll, stammen zum Teil von den beiden französischen Ingenieuren Sorziatz und Javary. Vorgesehen sind zwei je 6 Meter breite Röhre, die in einer Entfernung von 15 Metern parallel nebeneinander verlaufen und untereinander mit vielen transversalen Verbindungen ver-

leben sind. Der Tunnel wird etwa 61 Kilometer lang, 53 davon werden unter Wasser gebaut. Der Tunnel beginnt in England bei Dover, in Frankreich bei dem schon genannten Städtchen Sangatte, einem kleinen Orte von 3000 Einwohnern. Die beiden Tunnelgalerien werden im unteren Drittel der Kreishöhe laufen, rund 100 Meter unter dem Wasserspiegel und sollen sich den Biegungen der Kreishöhe immer anpassen. Dadurch wird der Tunnel an manchen Stellen erhebliche Steigungen aufweisen, doch spielen diese Gefälle keine bedeutende Rolle, da die Äläe ja mit Elektrizität betrieben werden. Der Bau beginnt im März gleichzeitig auf der englischen wie auf der französischen Seite. Die Stellen müssen sich etwa in der Mitte des Kanals treffen. Man hofft täglich 20 Meter bauen zu können, so daß der Gesamtbau dann in 3 bis 4 Jahren beendet werden könnte. Die Baukosten belaufen sich auf 3 bis 4 Milliarden Franken (über 600 Millionen Goldmark). Dieses Kapital hofft man insofern sehr rasch verdienen zu können. Man rechnet mit einem Verkehr von 120 Äläen täglich. Man rechnet damit, daß sich der Verkehr zwischen England und Frankreich nach Fertigstellung des Tunnels verdreifachen wird. Eine Fahrt von London nach Paris durch den Tunnel dauert höchstens fünf bis fünfzehn Stunden.

Württ. Fildereiverein am Bodensee

Betriebsergebnis

Friedrichshafen, 24. Febr. Der im „Löwen“ in Langenargen abgehaltenen diesjährigen Hauptversammlung wohnten auch der Landesvorsitzende des Württ. Landesfildereivereins, Geh. Kriegsrat Dreß, und der Landesfildereivereinspräsident Dr. Smolian-Sittsauri bei. Das Fildereivereinsergebnis im „erlosenen Jahre“ wurde als befriedigend anerkannt, andererseits jedoch Klage geführt über die Gewerbesteuerpflicht, die alle den württ. Bodenseefischern auferlegt sei, während sie von Baden und Bayern abgesehen ist, ferner über die naturräumlich e bodene Motorboottaxe, die ebenfalls als Sonderbelastung em finden werde. Interessant gestaltete sich der über das Ergebnis der Fildereivereinsergebnisse erstattete Bericht über das Ergebnis der Fildereivereinsergebnisse in Langenargen und Friedrichshafen. In Friedrichshafen sind in Langenargen einaeleiert worden: 103,5 Becher = 2 978 400 Eier, erbrütet wurden 77,9 Becher = 1 423 600 Eier oder 49 Prozent; in der Fildereivereinsergebnisse sind zur Einlieferung gelangt 59 Becher Ganalschiff = 644 570 Eier, erbrütet wurden 41,75 Becher oder 81 170 Eier oder 75,8 Prozent; von Blaueiseln sind einaeleiert worden 102,25 Becher oder 1 861 500 Eier, erbrütet wurden 71,25 Becher oder 1 289 100 Eier oder 70 Prozent; von Sand- und Silberfildereiseln sind erbrütet worden 4 Becher oder 39 000 Eier oder 45,7 Prozent. Gefangen wurden 16 170 Stück Blaueiseln (L. B. 21 301, 568 Stück Sand- und Silberfildereiseln (L. B. 1562) und 2648 Ganalschiffe (L. B. 427).

Buntes Allerlei

Wie der ...

Ungefähr 175 Jahre sind seit dem Tage vergangen, an dem John Hama, ein Engländer, der lange Jahre im leeren Ozean war, wieder in seine Heimat zurückkehrte. Hama hatte im Ozean den Regenstirm kennen gelernt und den Nutzen dieses Schirmmittels an seiner eigenen Kleidung erfahren. Er beschloß daher die praktische Einrichtung auch in London herzubekommen. Sein erstes Erscheinen mit einem Schirme wurde mit großem Hallo begrüßt, und er wurde mit Hohn und Spott überschüttet. Als er aber trotzdem nicht von seinem Regenstirm abließ, gewöhnte sich das Publikum an seinen „Solon“. Nach und nach land aber John Hama nachhomer, und die Zahl der in den Straßen Londons bei schlechtem Wetter auftauchenden Schirme nahm von Woche zu Woche zu. Nun begann sich auch die Technik für das Regenstirm zu interessieren. Die denkbarsten Modelle wurden geschaffen und die Mechanismen zum Öffnen und Schließen konstruiert. Es gab bald eine Unmenge von Patenten dieser Art, unter denen sich auch eine ganze Anzahl von Karositäten befanden, wie z. B. ein Schirm, der, um das Wasser nicht herabzutropfen zu lassen, rings mit einer Schwammkugelfüllung versehen war, eine Konstruktion, die man über die Schulter hängen konnte, wobei der Ausblick durch eingesehte Fenster ermöglicht wurde. Im Jahr 1765 kam der Regenstirm nach Frankreich, und ein Jahr später tauchte das erste Exemplar dieser Art in Deutschland, und zwar in Nürnberg, auf. Das allgemeine Aufsehen, das der erste Regenstirm erregte, erscheint um so sonderbarer, weil der Sonnenstirm schon seit Jahrhunderten in Deutschland bekannt war und auch heute noch auf den Gedanken, diesen Sonnenstirm zur Abwehr des Regens zu verwenden, ist aber niemand gekommen, im Gegenteil, wenn der Himmel seine Schlägen öfnete, verdammt man den Sonnenstirm jährlings unter dem Mantel oder dem ebenso uneffektlichen wie unfeilsamen Regenschirm.

Das Hotel als ...

Tokio erhebt mit Recht den Anspruch auf die Ehre, das originellste Hotel der Welt zu besitzen. Es ist das Imperial-Hotel, dessen Eigentümlichkeit darin besteht, daß es als richtiges Labyrinth gebaut ist. Ein Gast findet ohne fremde Hilfe niemals den Weg in sein Zimmer. Aber das ist es gerade, was dem Hotel einen eigentümlichen Reiz verleiht. Die Japaner schwärmen ja für alles geheimnisvolle und exzentrische. Ob die Europäer mit einer derartigen Einrichtung der Hotelzimmer zufrieden sein werden, mag dahingestellt bleiben.

Die Klapperschlange in der Kirche

Durch die Selbstegegenwart des Pfarrers von Katharinen (U.S.A.) ist eine folgenschwere Panik herbeigeführt worden. Die Methodistenkirche war dicht gefüllt. Reverend Webb stand vor dem Altar. Da fiel sein Blick auf einen der großen Seltenleuchter, an dem er eine leichte Bewegung bemerkte, und er erkannte zu seinem Entsetzen eine mächtige Klapperschlange, die sich um den Leuchter geschlungen hatte. Da ein vorzeitiges Hinweisen auf die Giftschlange aller Voraussicht nach eine Panik in der überfüllten Kirche unter den anwesenden Frauen und Kindern hervorgerufen hätte, so zeigte auch Webb keinerlei Aufregung. Er klappte zwar den Gottesdienst ab, führte ihn jedoch so durch, daß es der Gemeinde nicht weiter auffiel. Erst nachdem sich die Kirche zum größten Teil geleert hatte, rief er einige Männer zurück, die erst jetzt zu ihrem Erschrecken das Reptil wahrnahmen. In wenigen Minuten war die Giftschlange mit Stangen von dem Leuchter heruntergeholt und getötet.

Verantwortlicher Schriftleiter Erwin Vollmer.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altenfeld.

